



Drei-Blättriger Abonnementssatz in Breslau 2 Thlr., außerhalb derselben 2 Thlr. 11 1/4 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer fünfblättrigen Seite in Preußisch 1 1/4 Sgr.

Nr. 106. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 4. März 1863.

## Telegraphische Nachrichten.

**London.** 3. März. Aus Saigon wird gemeldet, daß der eingeborene Gouverneur der Provinz Bitolone von dem Kaiser von Anam den Befehl erhalten hat, Feindseligkeiten gegen die Franzosen zu beginnen, sich aber statt dessen unter den Schutz der Franzosen gestellt hat.

**Paris.** 3. März. Der „Moniteur“ berichtet über die Antrittsaudienz von Nizza. Der Gesandte sagte in seiner Ansrede: Es wird meine Aufgabe sein, die Bande zwischen beiden Völkern fester zu knüpfen. Der Kaiser antwortete: Ich bege die besten Wünsche für das Glück der Königin, wie für die Größe Spaniens und werde jederzeit glücklich sein, mit der Regierung der Königin die freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten.

In Madrid circulierte am 2ten d. eine neue Ministerliste, auf der Armero als Präsident figurirt; noch nichts offiziell.

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

**20. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.** (3. März).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Am Ministerische: Graf zur Lippe, Graf Eulenburg und mehrere Regierungs-Commissionen; später hr. v. Bismarck.

Vor der Tagesordnung ergreift das Wort der Justizminister Graf zur Lippe: Die Commission zur Beratung des Handelsgesetzes in Nürnberg sei durch Bundesbesluß vom 19. Febr. 1857 beauftragt worden, die Frage in Beratung zu nehmen, ob Änderungen der allgemeinen deutschen Wechselordnung, nachdem dieselbe mehrere Jahre in Gültigkeit gewesen, notwendig geworden seien. Die Commission habe einige Änderungen für notwendig erachtet, und durch Beschluss der Bundesversammlung vom 23. Januar 1853 seien die einzelnen Regierungen eingeladen worden, diesen Änderungen beizutreten. In Folge dieser überreicht er dem Hause den betreffenden Gesetzentwurf. Derselbe geht an die vereinigten Commissionen für Justiz und für Handel und Gewerbe. — Ferner überreicht der Justizminister einen Gesetzentwurf wegen Änderungen des Kostengesetzes vom 10. Mai 1851, betreffend die Gebühren in Nachlässen. Dieser Entwurf wird der Justiz-Commission überwiesen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist eine Wahlprüfung. Die Wahl des Abg. Kreisrichter Ollendorf wird sehr gütig erläutert.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung sind die Stats der Kammer, des Bureau des Staatsministeriums u. s. w. Der Etat des Herrenhauses wird, wie üblich, ohne Diskussion genehmigt, eben so der des Abg.-Hauses. Bei dieser Gelegenheit fragt der Abg. Reichenberger (Bedum) an, ob die Pläne für den Bau des künftigen Parlamentsgebäudes den einzelnen Mitgliedern vorgelegt werden würden.

Präsident Grabow erläutert, daß er nicht glaube, daß dem etwas entgegenstehe. Indes müsse er bemerken, daß, bevor der Bauplatz bestimmt werden könne, erst die räumlichen Verhältnisse des Hauses klar sein müßten.

Bei dem Etat für das Bureau des Staatsministeriums hat die Commission den Antrag gestellt: „das Gehalt des Directors des literarischen Bureaus mit 1200 Thlr., und das Gehalt des Kanzleisekretärs mit 600 Thl., für ‚hinstig wegfallend‘ zu erklären.“ — Abg. Birkhoff hat das Amendement gestellt, die 1200 Thlr. ganz abzufallen.

Abg. Birkhoff: Sein Antrag sei die Consequenz eines früheren Beschlusses der Budget-Commission. Die Stelle sei als „hinstig wegfallend“ bezeichnet worden; jetzt sei sie unbefestigt. Sie könne also jetzt nur abgesetzt werden. Es sei dies auch notwendig, damit die Stelle nicht wieder befestigt würde. Die Regierung habe im vorigen Jahre über die „Sternzeitung“ und auch über die in Frage stehende Stelle mehrere Ausführungen gemacht, die nicht zutreffend seien. Trotz des Widerspruchs der Regierung habe die „Sternzeitung“ nun aufgehört, ebenso könne auch das Amt eines Directors des literarischen Bureaus ganz fortfallen und höchstens zeitweise durch Diätarien befestigt werden, die mit den Ministerien wechseln.

Reg.-Commissar widerpricht sowohl dem Antrage der Commission als dem Amendement Birkhoff. Richtig sei, daß die Stelle seit dem 1. Okt. v. J. unbefestigt sei.

Abg. Graf Bethusy-Huc bedauert, daß man die vorjährigen Gründe wiederlauen müsse. Aus den Ausführungen des Abg. Birkhoff würde folgen, daß man auch die Minister als Diätarien anstellen könne. Gerade die in Frage stehenden Beamten vertraten den politischen Standpunkt des Ministeriums und seien die wichtigsten. Abg. Böhrend: In Consequenz des vorigen Beschlusses der Budget-Commission müsse das Haus heute das Amendement Birkhoff annehmen. — Abg. Birkhoff: In keiner andern Stelle, als in der in Frage stehenden, traten so häufige Wechsel ein. Die Minister seien allerdings anders gestellt, als andere Beamte. — Referent v. Hoverbeck: Der einzige Zweck der Stelle sei die Beamlichkeit des Minister. Er halte es nicht für richtig, für diese eine etatistische Stelle anzusehen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission mit dem Amendement Birkhoff mit großer Mehrheit angenommen. Bei dem Antrage der Commission, die für den Dispositionsfonds geforderte Summe von 31.000 Thlr. nicht zu bewilligen, fragt Abg. Dr. Becker, ob die Commission sich genauere Einsicht über die mit der „Sternzeitung“ abgeschlossenen Contracte verschafft habe. — Referent v. Hoverbeck: Es sei dies trog ihrer Anstrengungen der Commission nicht gelungen.

Minister des Innern, Graf Eulenburg: Unter den geistlichen Gewalten des Staates sei die Presse eine gewaltige Macht. Auch die Regierung könnte derselben nicht entbehren. Sie braucht die Freiheit in so mancher Weise, daß die gewöhnlichen Mittel dazu nicht ausreichen. Kein Staat verleihe dazu so wenige Mittel wie der preußische. In keinem Staat aber würden der Regierung alle Mittel für die Presse versagt. Man wünsche, daß die Regierung im Hause ihre Ansichten vertrate, warum sollte man ihr in der Presse die Möglichkeit dazu nehmen. Man möge hier nicht die Frage des Vertrauens oder Misstrauens machen, sondern die Erwägung, ob die Regierung einem Beschuße ihre Zustimmung geben könne, der sie völlig lähm legen würde.

Abg. Frese: Er glaube kaum, daß es nötig sei, in diesem Augenblicke die Ausführungen des Hrn. Ministers zu widerlegen. Bemerken wolle er nur, daß wenn derselbe davon gesprochen, es gebe keinen constitutionellen Staat, in dem solch ein Dispositionsfonds gar nicht vorhanden, so sei zu erwarten, es gebe auch keiner constitutionellen Staat mit solch einem Ministerium. Ihm gegenüber müsse das Haus von dieser Summe auch den leichten Heller streichen. — Der Hr. Minister habe ferner gesprochen von der Freiheit der oppositionellen Presse, — daß Gott erbarm' über diese Freiheit! (Bravo.) Kein Tag vergehe, der nicht die Nachricht bringe von neuen Beschränkungen und Verfolgungen dieser Presse. Von Freiheit der Presse könne allenfalls in Betreff der dem Ministerium befürworteten Presse die Rede sein. Die ergebe sich ungefeit in den stärksten Verleumdungen gegen das Haus der Abgeordneten, in den heftigsten Angriffen auf Verfassung und Gesetz. (Sehr richtig!) — Wie eigentlich die Pregheder vermenten würden, lasse sich seit dem Eingehen der „Sternzeitung“ nicht übersehen; zu vermuten sei, daß sie der „Nord. Allg. Blg.“ zu Gute kämen, die im vorigen Sommer noch im österreichischen Sinne thätig gewesen; nebenbei habe gerade dieses Organ des Ministerpräsidenten zur Überleitung der Gerüchte über die Convention das Meiste beigetragen. Ein anderer Theil der Presgheder werde wohl für die Artikel verantworten, die durch Hrn. Bamberg, dem jetzigen preuß. Viceconsul in Paris, im „Journal des Débats“ zu Gunsten des preuß. Ministeriums Aufnahme fänden, und zwar, wie sich denken lasse, nicht ohne Begleitung vollwichtiger Argumente. Natürlich könnten solche Artikel keinen Eindruck machen. — Der Minister habe von Abmilderung der Regierung gesprochen. Ja seit anderthalb Jahren werde seitens der Regierung-Presse das Programm vertheidigt, das Haus müsse lähm gelegt werden. Darauf müsse das Haus antworten. Die 31.000 Thlr. bewilligen, hieße die Staatsgelder vergeben.

Abg. Graf Bethusy-Huc für den Antrag der Commission: Er versteht darauf, den Vorredner auf das von ihm betretene Gebiet zu folgen. Es handle sich um eine Frage der Zweckmäßigkeit; man dürfe der Verwaltung nicht die Lebensader unterbinden. Die Verweigerung des Fonds könnte zu Gefahren führen, deren Umfang man erst würde erkennen können, wenn es zu spät sei. Abg. Dr. Becker (Dortmund): Gegenüber den „Entstellungen“, von denen der Herr Minister gesprochen, dürfte die Bemerkung am

Platz sein, daß der königl. preuß. „Staats-Anzeiger“ die letzten englischen Depeschen nur mit Weglassung der wesentlichsten Stellen gebracht habe.

Abg. Frbr. v. Vincke (Stargard): Die Summe von 31.000 Thaler, auf welcher die ganze Vertretung Preußens in der Presse des Auslandes beruhe, sei überaus gering; in Österreich verwende man dazu über 400.000 Thlr.

— Im Betreff der Presse im Inlande verweise er auf die „Kammercorrespondenz“, die die Reden der Mitglieder der Fortschrittspartei im Hause und in den Commissionen vor denen der anderen Parteien tendenziös begünstige, und die dem Herausgeber sogar monatlich viele hundert Thaler einbringe. Er werde im Laufe der Session zur Abhilfe dieses „Missbrauchs“ den Antrag auf Herstellung eines eigenen Organs der Kammer stellen. — Von Segnungen der Presse könne doch nur gesprochen werden, wenn sie die Wahrheit enthalte, wenn die Presse aber täglich auf Verbrechen und Entstellungen ausgebe, sei sie keine Segnung. Für jetzt müssen aber dem Ministerium, im Interesse des Rechts und der Wahrheit, die Mittel zur Verderlegung falscher Nachrichten gegeben werden. Er werde daher für unverkürzte Billigung der 31.000 Thlr. stimmen.

Abg. Dr. Birkhoff: Die letzten Bemerkungen des Vorredners seien für die vorliegende Frage ohne Belang. Viele Redner dieser (linken) Seite hätten sich ebenfalls über die Kammer-Correspondenz zu beschweren, daß ihre Reden nicht so wiedergegeben seien, als sie es wünschen. Wenn nicht zufälliger Weise ein Mitglied seiner (des Redners) Partei der Kammer-Correspondenz nahe stände, so könnte sehr leicht der Verdacht entstehen, es wäre die Correspondenz gegen sie gerichtet. — Gerade in den Organen seiner Partei sei fast jede Rede des Ministerpräsidenten nach dem stenographischen Bericht wörtlich mitgetragen worden. Freilich hätten auch die Organe der Regierung nach Möglichkeit dazu beigetragen, diese Reden in aller Vollständigkeit im Lande zu verbreiten. Ob das im Interesse der Regierung liege, sei eine andere Frage. (Heiterkeit!) Er glaube, daß es zweitmäßigiger gewesen wäre, wenn man sich auf kurze Bemerkungen darüber beschränkt hätte. Die Regierung könne sich nicht befreien, daß sie ungebührlich vom Lande gesprochen habe. Wenn das richtig wäre, was der Abgeordnete in Beziehung auf das Ausland gesagt habe, so habe man es erleben müssen, daß preußische und fremdländische Blätter schwer verfolgt seien, während die Zeitungen, die dem österreichischen Interesse dienen, niemals Anfeindungen zu erfahren gehabt hätten. Wenn man sich mutwillig seiner Freunde herausnehme, um sich in einer schlechten Presse Freunde zu kaufen, so werde die Landesvertretung dazu kein Geloben willigen. Da der Minister des Innern das Wort zur Vertheidigung des Fonds genommen, so scheine es richtig, daß die Pressegelegenheit wieder vom Staatsministerium in das Ministerium des Innern verlegt sei, und man habe die Befürchtung, daß die alten Organe des Ministeriums Westphalen wieder thätig seien. Dies wären keine geeigneten Organe für Verbreitung nach außen. Da dem Hause nicht zugemutet werden könne, auf die alten glücklich befehlten Bahnen zurückzukehren, da andererseits die conservativen Organe genügend entwickelt und begünstigt seien, und da das Haus am allerwenigsten Veranlassung habe, dem Minister des Innern ein Vertrauensvotum zu geben, so stimme er gegen die Billigung des Fonds. (Der Minister v. Wahler ist inzwischen eingetreten.)

Der Schluß der Diskussion wird beantragt und angenommen. Referent v. Hoverbeck: Der Minister habe gesagt, in jedem andern Lande wäre die Ablehnung der 31.000 Thlr. eine Unmöglichkeit; er wiederholte ihm darauf: in jedem andern Lande wäre ein solches Ministerium eine Unmöglichkeit, andererfalls würde auch dort die Billigung nicht statthaften können. Hier sei nur zu fragen, ob das Haus die Berechtigung habe, die 31.000 Thlr. zu billigen. Dazu gehöre das Vertrauen, daß jeder Pfennig davon angemessen verwendet werde. Er frage, ob das Haus dies Vertrauen zu diesem Ministerium habe? Dann möge es bewilligen, wenn nicht: nicht.

Abg. Dr. Frese (Minden) persönlich: Er habe das Haus um Entschuldigung zu bitten, daß er dem Abgeordneten für Stargard auf die Bahns folgen müsse, die derselbe mit seinem Tacte eingefügt, um Entschuldigung, daß wo es sich um die Frage der Verwendung von Staatsgeldern handele, er sich in einer persönlichen Angelegenheit zu vertheidigen habe. Die Erwähnung der „Kammer-Correspondenz“ würde nur dann hierher gehören, wenn der Abg. v. Vincke beantragt hätte, von den 31.000 Thlr. in Rede eine andere Kammercorrespondenz zu gründen. Mit dem ihm eigenständlichen feinen Tacte habe der Hr. Abgeordnete sogar von dem monatlichen Ertrage der Kammer-Correspondenz gesprochen. (Pfui links.) Er müsse das alte parlamentarische Mitglied darauf verweisen, — und das solle seine einzige Rache sein — daß er damit etwas gehabt, was vor ihm noch in keinem Parlamente, noch von seinem Parlamentsmitgliede geschehen sei. (Sehr richtig!) — In Betreff der gerügten Parteilichkeit habe er zu bemerken, daß zur Zeit des Ministeriums Auerswald von dem officidien Organ der Correspondenz demokratische, von anderer Seite ministerielle Tendenzen gleichzeitig zum Vorwurf gemacht werden seien.

Es sei sehr schwer, einem Bericht, der an demselben Abend, wo die Verhandlungen stattgefunden, erscheine, die Genauigkeit zu verleihen, die wohlwollenswert wäre. Daz bei Anfertigung der Correspondenz aber „tendenziös“ verfahren werde, sei eine Unwahrheit. (Unruhe.) Ja, das könne er beweisen! Grade für die neulichen wichtigen Verhandlungen sei von ihm ein Mitarbeiter herangezogen worden, der Herr v. Vincke und dessen Freunde ein Politisch befreundet sei, speziell zur Berichterstattung über die Reden dieser Partei.

Eine von dem Herrn Präsidenten überwachte Kammer-Correspondenz sei gewiß sehr wünschenswert, aber im Interesse des Herrn Präsidenten wünsche er, daß derselbe verhindert bleiben möge mit den Reklamationen der Redner, die sich nicht genügend berücksichtigt hielten.

Er glaube gern, daß die glänzende Bereitsamkeit des Abgeordneten für Stargard nicht immer in der R.C. in ihrem vollen Glanze erschienen sei, halte es jedoch nicht für überflüssig zu bemerken, daß ihm grade in Betreff der letzten größeren Rede derselben Seite geworfen worden, dieselbe sei in einer Weise wiedergegeben, als habe sie einen günstigen Eindruck im Hause gemacht.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Sybel und einer solchen des Abg. Graf Bethusy-Huc, replicirt der Abg. v. Vincke (Stargard) persönlich: Die Erwähnung, ob seine Erwähnung der R.C. hierher gehört, sei Sache des Präsidenten. Daß sie im Hause auf dieser (rechten) Seite sehr viel Anklang gefunden, davon habe sich der Herr Abg. für Minden überzeugen können. Er freue sich jedenfalls, daß er dadurch hinter die Wahrheit gekommen, (sobol) daß wirklich ein Mitglied dieses Hauses die R.C. herausgebe. Er habe keinen Sinn dafür, wie ein Mitglied dieses Hauses von so entschiedener Parteistellung sich das herausnehmen könne. (Unruhe.) Ob dies Tatsat sei, ob dies das mindeste Gefühl für Sodialität zeige, überlässe er dem Urteil des Hauses. (Unruhe.)

Abg. Dr. Frese meldet sich zu einer Entgegnung, verzichtet jedoch sofort auf dieselbe, als Abg. v. Vincke sich wiederum zum Worte nach ihm notieren läßt.

Das Resultat der Abstimmung ist Streichung der 31.000 Thlr. mit sehr großer Majorität.

Die folgenden Etats für das Büro des Staatsministeriums, für die Archive, für das Staatssecretariat, für die Generalordnungscommission, für das Geheime Civilcabinet, für die Oberrechtskammer, die Oberexaminationscommission, den Disciplinarhof, den Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflikte werden nach den Commissionsanträgen ohne Discussion erledigt. Bei dem Etat des Ministeriums des Auswärtigen nimmt aus Anlaß der Ernennung von Botschaftern in London und Paris das Wort:

Abg. v. Röhrne (Solingen): Die Krone habe ohne allen Zweifel das Recht, den Gesandten den Titel Botschafter zu geben. Aber ebenso habe das Haus das Recht zu prüfen, ob nicht früher oder später dadurch das Budget belastet werde. Der Ministerpräsident habe zwar durch ein communiqué an die „Volkszeitung“ versichert, daß durch die Ranghöhung keine Mehrosten entstanden. Das sei nicht richtig. Der höhere Rang der Botschafter verlange größere Repräsentationskosten. Der Commissionsbericht habe daher ganz Recht, wenn er schon jetzt ausspreche, daß die Regierung nicht daran denken dürfe, wegen solcher Botschafternennungen auch eine höhere Dotiration der Stellen zu beanspruchen. Durch äußeren Glanz werde die Regierung die innere Schwäche nicht verdecken. Den Vorbehalt, daß die Botschafter persönlich mit dem Souverän vertheilen dürfen, halte er nicht für einen solchen. Die Königin Victoria würde keine persönliche Politik hinter dem

Rücken ihrer Minister treiben, und wenn man auch Louis Napoleon für geeignet dazu halten könne, so würde er keinem Gesandten, wenn es in jenem Interesse läge, eine Audienz verweigern, weil er nicht den Botschaftertitel habe. Der Redner spricht sich dann überhaupt gegen die sogenannte persönliche Politik aus, die zur Hofpolitik und zur Kamarilla führe. Da wo es auf besondere Geschäftserörterung ankommt, müsse man sich schon jetzt besonderer Sachverständiger bedienen. Hätte die Regierung jetzt in Paris und London eine andere Politik befolgt, als die der Convention, so würde sie mehr erreicht haben, als jetzt durch die Botschafter.

Ministerpräsident v. Bismarck: Größere Repräsentationskosten für die Botschafter seien wünschenswert, sie seien aber durch den Titel an und für sich nicht bedingt. Die Zahl der Botschafter habe sich in der letzten Zeit bedeutend vermehrt. Es gäbe jetzt französische, russische, spanische, österreichische, türkische Botschafter, auch der päpstliche Nunzio habe den Botschafter-Titel. Die Prärogative der Botschafter erleichterten nicht nur den Botschafter-Titel, sondern auch den mit dem auswärtigen Ministerium. Es sei nicht in allen Ländern dieselbe Leichtigkeit des Verlehrts als in Preußen. Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten hätten befondere Empfangstage, an denen sie an bestimmten Stunden empfangen. Wenn da der Zugang sehr groß sei, könne es leicht kommen, daß der Gesandte, nachdem er mehrere Stunden gewartet, weil die Botschafter den Vortritt hätten, unverrichteter Sache nach Hause gehen müsse, was dem Botschafter nicht passieren könne. Freilich sei das Gehalt für die Botschafter sehr gering, das verhalte sich aber ebenso mit dem Gesandten und da wolle er lieber schlecht bezahlte Botschafter als schlecht bezahlte Gesandte. Er wiederhole, daß eine Gehaltserhöhung durch den Botschaftertitel nicht bedingt sei. Wenn übrigens der Abg. Röhrne seine Billigung über die persönliche Politik der Souveräne ausgesprochen, so erwiedere er, daß dies an der Thatstätte nichts ändere. Die Souveräne treiben persönliche Politik, gleich viel ob der Abgeordnete es will oder nicht.

Referent v. Hoverbeck: Die Vortheile des Botschaftertitels lämen also auf die halben Stunden hinaus, die der Botschafter spare. Dem gegenüber stünden die Tausende von Thalern, für welche die Taschen der Steuerzahler berhalten müßten. Indes sage ja der Ministerpräsident, daß keine Mehrosten durch den neuen Titel entstanden. Diese Erklärung acceptire er dankbar, er confitire aber ihren Inhalt und hoffe nur, daß die Regierung niemals für den Botschaftertitel mehr Geld beanspruchen würde.

Ministerpräsident v. Bismarck: Er habe nicht von halbstündigem Warten der Gesandten gesprochen, sondern überhaupt von der Erleichterung des Verkehrs, die den Botschaftern zu Theil würde. — Wie der Abgeordnete v. Hoverbeck nach seiner Erklärung von den Taschen der Steuerzahler sprechen könne, begreife er nicht, es widersprechen dem auch die letzten Worte des Abgeordneten.

Man verläßt damit diesen Gegenstand.

Die Commission beantragt: „die 6000 Thlr. Bulage für den Militär-Bevölkerungsstatuten in Petersburg nicht zu bewilligen.“

Ministerpräsident v. Bismarck: Er beschränke sich darauf, zu erklären, daß die königl. Regierung die Ausreichung dieses Postens im Interesse des Dienstes dringend für notwendig erachte. Die Motive dafür hier auszanderzusehen, sei er nicht in der Lage. Wenn die Commissions-Verhandlungen anders organisiert und die Veröffentlichung derselben weniger einseitig gehalten wären, so würde er Gelegenheit genommen haben, dort die Gründe mitzuheben.

Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen. Die Commission hat demnächst den Antrag gestellt, die Positionen 1—29 für Gesandtschaften z. für selbstständige Titel zu erklären.

Ministerpräsident v. Bismar

solche Bewilligung nicht alle Jahre eintreten könne, bedürfe keiner näheren Ausführung. Wolle man einen solchen Vergleich machen, so müsse man das Ordinarium annehmen; dieses sei in den letzten Jahren im Unterrichtsstoff um 200,000 Thlr. gestiegen. Das sei nicht das Einzige, was geschehen sei; die Communen und Provinzen hätten in demselben Zeitraum über 300,000 Thlr. für die Verbesserung der Elementarschulen verwendet. Die Vermehrung der Schulen gehe weit über die Vermehrung der Volkszahl. Was das Wilhelm-Gymnasium zu Berlin betreffe, so hätten hierbei technische Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Diese seien jetzt überwunden, die Baupläne seien fertig und er hoffe, daß am Geburtstage des Königs der Grundstein werde gelegt werden können. Die Mittel seien vorhanden.

Abg. Harlort: Nicht der Unterricht, wohl aber die Gesundheit der Kinder leide durch die mangelhaften Lokalitäten; er verweise im Gegenfall dazu auf die geräumigen Käferen.

Referent Abg. Dr. Schubert: Man könne den Reaktionen des Abg. für Waldenburg vollkommen beitreten und doch die Anerkennung nicht verfassen, daß in den letzten Jahren für den Unterricht mehr geschehen sei, als je zuvor. Damit sei aber die Frage noch nicht erledigt, ob das, was geschehe, allen berechtigten Anforderungen der Zeitzeit vollkommen entspreche. Diese Frage sei nicht überall zu bejahen. Die Elementarschulen müßten Sache der Commune bleiben. Für die Gymnasien sei in den letzten 12 Jahren bereits Anerkennenswertes geschehen. In den Ganzen sei jedoch doch noch Manches zu thun. Wenn ein Zweig der Verwaltung plötzlich in einem Jahre ohne eine Umlaufsteigerung von 20 bis 25 Prozent der Ausgaben erforderne, sei es ja natürlich, daß die anderen darunter leidet müßten. Daher hätten denn einzelne Universitäten und höhere Unterrichtsanstalten allerdings zurückbleiben müssen resp. nicht so gefördert werden können, wie es wohl zu wünschen gewesen wäre. Eine Steigerung der dauernden Ausgaben sei bei dem vorliegenden Staat wünschenswerther, als irgendwo anders.

Das Haus tritt in die Special-Diskussion.

Zu dem Titel „Evangelischer Cultus“ hat die Commission wiederholt beantragt: Das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die Staatsregierung die Beendigung des Interimisticums, welches durch die Cabinetsordre vom 26. Januar 1819 und vom 29. Juni 1850 herbeigeführt ist, und welches die Staatsfalle mit einer jährlichen Dotierung von 20,980 Thalern belastet, beschleunigen werde.

Abg. Richter geht zurück auf die Verhandlungen der vorigen Session. Damals habe die Regierung versprochen, das Interimisticum so bald als möglich zu erledigen. Er wolle darauf ausführsam machen, daß die Regierung im Begriff stehe, der evangelischen Kirche eine Verfassung von unten nach oben hinauf zu geben, während früher der leitende Gehaltspunkt davon war, die einzelnen Gemeinden in den Stand zu setzen, sich selbst die Verfassung zu geben. Noch im Jahre 1850 sei bei einem Spezialfall der Grundzustand angewendet worden, daß jede Kirchengemeinde das Recht habe, die Verfassung anzunehmen oder abzulehnen. Daraus würde sich eine erhebliche Verschiedenheit der Verfassungen der einzelnen Gemeinden ergeben haben, deshalb habe eine königl. Cabinetsordre verordnet, alle Gemeinden müssen die gegebene Verfassung annehmen. Und wo die Gemeinde passiven Widerstand geleistet, da habe man angenommen, die Gemeinde stimme bei. Wie könnte die auf diesem Wege zu schaffende General-Landesmode beschaffen sein? Er frage die Minister, ob die im September v. J. vorgesehenen Synodalordnungen erlassen sei? Ferner, ob die noch für das vorige Jahr vorgesehenen Synodalordnungen für Brandenburg und Schlesien erlassen seien? Wie es drittens mit der Überweisung der kirchlichen Externa an die Consistorien in Hessenland und Westfalen steht? — Es sei keine Ausführung des Art. 15 der Verfassung, wenn ohne den Widerpruch der Verhetzung anzuhören, der Kirche eine solche Verfassung aufzugetragen, das heißt vielmehr, ihr neue Fesseln anlegen.

Cultusminister v. Mühlner: Er freue sich, daß die Commission anerkenne, daß die evangelische Kirche unter allen Umständen eine oberste Leitung haben müsse, und das die Gelder für dieselbe bewilligt werden müßten. Was die Ansprüche betreffe, die die evangelische Kirche zu haben glaube und wirklich habe, so seien diese derselben zu reservieren. Die Regierung würde den Gang, den sie seit 13 Jahren unter Zustimmung aller kirchlichen Organe eingehalten habe, auch ferner einhalten.

Abg. Krause (Magdeburg): Auch er wolle in die Frage von der staatsrechtlichen Stellung und Entwicklung der Kirche nicht eingehen. Die Commission beantragt nur „Beschleunigung.“ Das hätte sie nicht thun können, wenn sie mit dem vom Minister bisher eingeschlagenen Wege einverstanden wäre; deshalb begreift er nicht, wie der Minister mit diesem Antrage einverstanden sein könne. Anderswo mache man die Verfassung nicht stückweise, sondern aus einem Guss.

Abg. Dr. Techow: Er constatire bei der Meinungsunterschied zwischen dem Minister und den beiden Herren Abgeordneten, daß auch in der Commission eine solche Differenz sich gezeigt habe, und daß die heut dargelegte Aussicht des Hrn. Ministers mit der der Majorität der Commission nicht übereinstimme. — Der Herr Minister habe ferner aus den Verhandlungen geschlossen, daß das Haus nicht geneigt sei, die 20,000 Thlr. dem Oberkirchenrat zu entziehen. Wenn die evangelische Kirche deneinst einmal selbstständig zu sein das Glück haben werde, werde sie die Dotierung ihrer Börde, so viel sie solche für nothwendig halte, wohl auch selbst übernehmen.

Der Cultusminister v. Mühlner: Er werde nur constatiren, daß die Untersuchungen des Ministeriums von dem Wege, auf dem die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche zu erreichen und deren Behörde zu dotieren, allerdings wesentlich differieren von den hier geltend gemachten Ansichten.

Der Commissionsantrag wird hierauf mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu dem Titel: „öffentlicher Unterricht“, beantragt die Commission, die Besoldung für eine neue Schulrathsstelle in Koblenz mit 1500 Thalern, abzusehen.

Abg. Dr. Schulz (Borken) gegen den Commissionsantrag; die dem Commissionsbericht beigelegte statistische Zusammenstellung sei nicht korrekt (wie Redner für die Provinz Westfalen im Detail ausführt). Auch die Angaben des Berichts in Beiseit der Provinz Brandenburg und der Rheinprovinz seien unkorrekt. Namentlich sei die Anzahl der in letzter Provinz als zum Geschäftskreis der Schulräthe gehörig bezeichneten Anstalten viel zu gering angegeben; statt der angegebenen 40 seien deren 60 vorhanden zc. Auch die Zahl der Abiturienten sei dort bei weitem die grösste. Daraus rechtfertige sich allerdings die von dem Minister gewünschte Erweiterung der neuen Stelle.

Referent Abg. Dr. Schubert (auf der Tribüne fast unverständlich): Die Tabelle sei aus amtlichen, vom Ministerium mitgeteilten Quellen entnommen, und habe nicht den Zweck, den Commissionsantrag zu begründen, sondern eine Übersicht über die Bewegung der Schülerzahl geben sollen, die ihm gemachten Vorwürfe seien zum Theil unbegründet. Die Erweiterung einer neuen Schulrathsstelle für die Rheinprovinz rechtfertigt sich nicht durch die Geschäftslast des dortigen Provinzial-Collegiums.

Der Cultusminister v. Mühlner bemerkt, daß die qu. Tabelle in der Sitz zusammengefäßt, und man mit einer Revision beschäftigt sei. Die Monita des Abg. für Borken seien nicht durchweg begründet, wie der Minister durch einzelne Zahlen darthut. Er bitte um Ablehnung des Commissions-Antrages.

Nach einigen weiteren factischen Bemerkungen des Abg. Schulz (Borken), welche besonders die Nothwendigkeit der Bestallung eines katholischen Schulrathes für die zahlreichen katholischen Gymnasien und Realschulen der Rheinprovinz hervorhebt, des Abg. v. Mallindroot, des Cultusministers und des Referenten wird der Commissionsantrag angenommen. Dagegen die Abgg. der Rheinprovinz.

Bei Titel 19 „Universität“ fragt Abg. Dr. Jubel den Minister, ob auf Errichtung einer ordentlichen Professur für deutsche Philologie in Halle Rücksicht genommen werden. Der Cultusminister bejaht dies.

Bei Titel 21 „Gymnasien und Realschulen“ hat die Commission den Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, auf die Erweiterung und Vermehrung der Gymnasien und Realschulen hinzuwirken.

Der Abg. Coupienne spricht sich besonders für Erweiterung der Realschulen aus, die der modernen Entwicklung angemessen seien.

Abg. Ziegeler (für den Antrag der Commission) wünscht grössere Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse, besonders der katholischen Interessen, welche bis jetzt sehr vernachlässigt seien. In der Provinz Brandenburg hätten die Katholiken gar keine höheren Lehranstalten, in Polen sei ein polnisches Gymnasium bereits früher beantragt und dringend nothwendig. Was es mit der Conessionalität der polnischen Realschule zu bedeuten habe, eine frühere Diskussion gezeigt. Der Redner geht die einzelnen Provinzen des Staates durch und weist überall Vernachlässigung der Katholiken nach.

Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen. Ferner bat die Commission den Antrag gestellt, den Staatszuschuß von 5400 Thlr. für die Ritterakademie zu Brandenburg abzulehnen. Cultusminister v. Mühlner: Alle Momente, welche früher von der Regierung für die Ritterakademie geltend gemacht worden seien, sprächen auch heute noch für dieselbe. Uebrigens entwickelt sich die Ritterakademie in ge-

deihlicher Weise weiter, sie habe jetzt eine grössere Zahl von Schülern und Alumini als früher.

Abg. Parissius macht dem entgegen darauf aufmerksam, daß das Wachsthum der Alumini zum großen Theile nur die Freibücher anbetreffe. — Referent empfiehlt den Comm.-Antrag. Die Kosten für die Ritterakademie würden nicht für den Staat, sondern für einen besondern Stand bezahlt. — Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität (dagegen nur die Feudalen) angenommen.

Die Commission hat demnächst beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, im Hinblick auf Art. 21 und 24 der Verfassung, soweit nicht die Satzungen spezieller Stiftungen entgegenstehen, den konfessionellen Charakter der höheren Unterrichtsanstalten unter steter Pflege des confessionellen Religions- und theologischen Unterrichts zu befeitigen.“ — Dagegen spricht Abg. Schulz (Borken): Es fehle dem Antrage an allen wesentlichen Erfordernissen, die ihn zur Annahme geneigt machen. Er sei erstens nicht genug vorbereitet. Die Budget-Commission sei nicht gewählt worden, um so weit greifende Anträge zu stellen, eine solche Prinzipielle Frage zum Ausdruck zu bringen. Sie überkreiche damit ihre Befugnisse. Zweitens fehle dem Antrage die rechtliche Begründung. In den allegirten Artikeln 21 und 24 der Verfassung stände kein Wort von Gymnasien und Realschulen. In einer so wichtigen Frage dürfe man keine argumenta ex silentio geltend machen. Was der Cultusminister im vorigen Jahre für die Conessionalität der Gymnasien und Realschulen geltend gemacht, sei keineswegs widerlegt worden. Die Commission habe den Grundsatz befördert: Stat pro ratione voluntas. Sie habe keine Politik des Rechts, sondern nur Interessen-Politik getrieben.

Der Antrag sei aber auch keineswegs praktisch zweckmässig. Die Commissione durch confessionell-schulische Schulen werde die Toleranz gefördert. Das sei nicht wahr. Gleichmässigkeit aber nicht Toleranz werde dadurch hervorgerufen werden. Anstatt religiöser gebildete Männer würden aus solchen Anstalten Klugredner gebildet werden. Die Comm. sage ferner, daß obne jeden erichtbaren Nachteil Lehrer der katholischen Confession an evangelischen Gymnasien und umgekehrt gewirkt. Woher dies die Comm. wisse. Ihm sei das Gegenteil bekannt. Es fehle dem Antrag viertens die Zustimmung des Volks. Der Antrag der Comm. würde den Herzen der Böller und den Gefüßen der Mütter tiefe Wunden schlagen. Abg. v. Sybel: Der Versuch, die Ansicht der Comm. rechtlich zu bekämpfen, sei vollständig mißglückt. Es sei deshalb nicht nötig, darauf zurückzukommen. Unsere höheren Lehranstalten ständen nicht im Besitze einer bestimmten Religionsgesellschaft, sondern in dem des Staates. Sie seien nicht bestimmt für Zwecke bestimmter Religionsgesellschaften, sondern für die Pflege der Wissenschaft. Der Reichsdeputationschluss habe die Fonds der einzelnen Lehranstalten dem Staate zur unbedingten Disposition gestellt.

Er habe nicht die Verpflichtung, wegen dieser Fonds den confessionellen Charakter der Gymnasien und Realschulen festzuhalten. Nicht aus dem Volk und von seiner Sympathie getragen sei der confessionelle Charakter der Gymnasien erwachsen, sondern er sei künstlich geschaffen durch eine reactionäre Regierung. Den Religionsunterricht behalte der Commissions-Antrag bei, die übrigen Bildungsgegenstände confessionell zu trennen, hielt er für falsch. Freilich habe man ein confessionelles Einmaleins confitieren wollen. Wie dies möglich sei oder wie man griechische und lateinische Grammatik confessionell wünschen könne, begreife er nicht. — Wenn man ganz confessionelle Schulen haben wolle, dann dürften auch die Schüler nur einer Confession angehören. Wenn wirklich die Herzen der Väter und der Mütter unter dem Antrage der Commission leiden sollten, dann hoffe er, daß durch die Ausführung dessen, was die Commission wünsche, „solche Vorurtheile“ schwunden werden.

Cultusminister v. Mühlner: Er verweise im Allgemeinen auf das, was er früher über die vorliegende Frage geäußert. Nur darin wolle er dem Abg. v. Sybel entgegenstehen, daß der Staat über die Fonds, die ihm durch den Reichsdeputationschluss überwiesen seien, unbedingt disponieren könne. Der Staat habe nach seiner Meinung wegen dieser Fonds die Pflicht, den confessionellen Charakter der Lehranstalten da, wo er ihn gefunden, zu bewahren.

Abg. Reichensperger (Geldern) gegen den Commissionsantrag: Die Commission habe sich eines Überschusses schuldig gemacht, sie habe den Artikel 15 der Verfassung, der doch so nahe liege, ganz übersehen. Mit diesem Artikel habe man bei Einführung der Verfassung ein ganz neues Staatsrecht constituiert, man habe damit etwas ganz anderes befreien wollen, als heut hier gemeint worden. Man habe den Religionsgesellschaften nicht nur die eigene Existenz, sondern auch die Möglichkeit ihrer Erhaltung durch Belebung der daju erforderlichen Mittel, durch Belebung des aktuellen Beitragsstandes sichern wollen. Die Entstehungsgeschichte dieses Artikels sei so klar als möglich, noch klarer, wie die des Art. 99. Der Commissionsantrag verleihe danach zweiflos den klaren Sinn des Artikels. Redner geht auf diese Entstehungs geschichte unter ziemlicher Unruhe des Hauses speziell ein und kommt zu dem Resultat: es sei die Pflicht des Staates, die confessionellen Wohlbärgteits- und andere Anstalten zum Zwecke des Unterrichts in ihrem Besitzstande zu erhalten, dergestalt, daß auch Alles, was der Staat selbst zu dem Zwecke geleistet habe, als definitiv rätsig ist, als dauernde Leistung anzusehen sei — dem gegenüber begreift er die Ausführung des Abgeordneten für Crefeld nicht, der Alinea 2 des Art. 15 gerade von Privatgesellschaften versteht.

Abg. Reichensperger (Geldern) gegen den Commissionsantrag: Die Commission habe sich eines Überschusses schuldig gemacht, sie habe den Artikel 15 der Verfassung, der doch so nahe liege, ganz übersehen. Mit diesem Artikel habe man bei Einführung der Verfassung ein ganz neues Staatsrecht constituiert, man habe damit etwas ganz anderes befreien wollen, als heut hier gemeint worden. Man habe den Religionsgesellschaften nicht nur die eigene Existenz, sondern auch die Möglichkeit ihrer Erhaltung durch Belebung der daju erforderlichen Mittel, durch Belebung des aktuellen Beitragsstandes sichern wollen. Die Entstehungs geschichte dieses Artikels sei so klar als möglich, noch klarer, wie die des Art. 99. Der Commissionsantrag verleihe danach zweiflos den klaren Sinn des Artikels. Redner geht auf diese Entstehungs geschichte unter ziemlicher Unruhe des Hauses speziell ein und kommt zu dem Resultat: es sei die Pflicht des Staates, die confessionellen Wohlbärgteits- und andere Anstalten zum Zwecke des Unterrichts in ihrem Besitzstande zu erhalten, dergestalt, daß auch Alles, was der Staat selbst zu dem Zwecke geleistet habe, als definitiv rätsig ist, als dauernde Leistung anzusehen sei — dem gegenüber begreift er die Ausführung des Abgeordneten für Crefeld nicht, der Alinea 2 des Art. 15 gerade von Privatgesellschaften versteht.

Abg. Reichensperger (Geldern) gegen den Commissionsantrag: Die Commission habe sich eines Überschusses schuldig gemacht, sie habe den Artikel 15 der Verfassung, der doch so nahe liege, ganz übersehen. Mit diesem Artikel habe man bei Einführung der Verfassung ein ganz neues Staatsrecht constituiert, man habe damit etwas ganz anderes befreien wollen, als heut hier gemeint worden. Man habe den Religionsgesellschaften nicht nur die eigene Existenz, sondern auch die Möglichkeit ihrer Erhaltung durch Belebung der daju erforderlichen Mittel, durch Belebung des aktuellen Beitragsstandes sichern wollen. Die Entstehungs geschichte dieses Artikels sei so klar als möglich, noch klarer, wie die des Art. 99. Der Commissionsantrag verleihe danach zweiflos den klaren Sinn des Artikels. Redner geht auf diese Entstehungs geschichte unter ziemlicher Unruhe des Hauses speziell ein und kommt zu dem Resultat: es sei die Pflicht des Staates, die confessionellen Wohlbärgteits- und andere Anstalten zum Zwecke des Unterrichts in ihrem Besitzstande zu erhalten, dergestalt, daß auch Alles, was der Staat selbst zu dem Zwecke geleistet habe, als definitiv rätsig ist, als dauernde Leistung anzusehen sei — dem gegenüber begreift er die Ausführung des Abgeordneten für Crefeld nicht, der Alinea 2 des Art. 15 gerade von Privatgesellschaften versteht.

Ein Antrag auf Vertagung der Debatte wird gestellt und angenommen.

Schluss der Sitzung gegen 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heute vertagten Debatte, Verleistung einer Interpellation, betr. die Abreise der Regierung wegen Wiedereinbringung des Preßgesetzes, Petitionsberichte.

und seine Angehörigen unnötig gesteigert worden ist, so kann die Königliche Regierung sich der Überzeugung, daß die Interessen des Landes dadurch nach verschiedenen Richtungen hin in hohem Grade benachtheilt werden, nicht verschließen. Diese Übertriebungen sind, ohne daß der Regierung gelegliche Mittel zu ihrer Verbinderung zu Gebote ständen, von der Presse angetragen und durch die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten über die polnische Frage wesentlich gefördert worden.

Bismarck.

Berlin, 1. März 1863.  
An die Herren Vorsteher der Kaufmannschaft  
in Stettin.

[Zur preußisch-russischen Convention.] „Es steht fest und ist eine bekannte Thatache, daß die Convention vom 8. Februar mit Russland von ihren Urhebern als „Militär-Convention“ bezeichnet wird und in der That von preußischen und russischen Offizieren ohne Vorwissen des Berliner Ministeriums verhandelt wurde. Weiter geht eine Darstellung der „Europe“, die sie von einem ausgezeichneten, berühmten Staatsmann erhalten haben will. Danach wäre die Convention sogar abgeschlossen und unterzeichnet worden, ohne daß der Minister des Auswärtigen, Herr von Bismarck, darum gewußt. Fürst Gortschakow telegraphierte darüber nach Paris an Budberg, Budberg theilte Golz die große Neuigkeit mit, und erst vom Grafen Golz erfuhr Herr von Bismarck den Abschluß der Convention.“ So die „Europe“, der wir die Vertretung der Nachricht überlassen, ohne verschweigen zu dürfen, daß auch hier in Berlin Ähnliches verlautet hat.

[Höherer Befuhr.] Der Fürst von Hohenlohe wird nach den von Düsseldorf hier eingegangenen Nachrichten erst Mitte dieses Monats zum Besuch am königlichen Hofe hier eintreffen und mit seiner Familie im hiesigen Schlosse Wohnung nehmen. Auch der Prinz Wilhelm von Baden, welcher mit seiner jungen Gemahlin in den nächsten Tagen aus St. Petersburg hier eintrifft, wird am königlichen Hofe zu einem kurzen Besuch verweilen, bevor er die Reise nach Karlsruhe fortsetzt.

\* [Die Beschlagnahme der „Voss. Zeit.“] ist heute wieder aufgehoben worden.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 3. März, Nachm. 3 Uhr. Die Rente erhöhte zu 70, 20, hob sich auf 70, 25, wodurch dann bis 69, 95 und schloss belebt zur Notiz. Schluss-Course: 3pr. Rente 70, 10, 4½ pr. Rente 99, — Italien 3pr. Rente 69, 50, 3pr. Spanier — 1pr. Spanier — Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 515, — Credit-mobilier-Aktien 1240, — Lomb. Eisenbahn-Aktien 593, 75. Österreich. Credit-Aktien —

London, 3. März, Nachm. 3 Uhr. Silber 61%. Sehr schönes Wetter.

Consols 92½. 1pr. Spanier 46. Meritaner 32%. Sardinier 83,

3pr. Russen 94 er. Div. 4½ pr. Russen 94%. — Hamburg 3 Monat

13 M. 7% Sch. Wien 11 fl. 75 kr.

Die französische Post ist mit Nachrichten aus Suez vom 1. Februar an-

getommen. Aus Melbourne wird vom 24. Dezember gemeldet, daß das Geschäft dasselbst ruhig, der Wechselcouurs um 1% höher gegangen sei. Eine Goldverschiebung von 124,750 Unzen hatte stattgefunden. In Bombay war am 13. Januar der Wechselcouurs auf London 20%; Fracht fallend.

Wien, 3 März, Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Etwa matter. 3pr. Metall. 75, 40 4½ pr. Metall. 65, 60 1854er Loos 93, — Bank-Aktien 812. Nordbahn 189, 80. National-Aktie 81, 70. Staats-Eisenbahn-Aktien 812. Nordbahn 189, 80. Creditaktien 235, — London 115, 70. Hamburg 87, — Paris 45, 85. Gold — Silber — Böhmisches Westbahn 166, 75. Lombardische Eisenbahn 269, —